

Extra-Blatt.

Teltower

Erscheint
Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Abonnementspreis pro Quartal:
durch die Post bezogen 1 Mt. 25 Pf. excl. Bestellgebühr.
frei in's Haus 1 Mt. 50 Pf.
Abonnements werden von sämtlichen Post-Anstalten,
Briefträgern u. den Agenten im Kreise angenommen.

Inserate
werden in der Expedition:
Berlin W., Lützow-Strasse 87,
sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaus und den
Agenturen im Kreise angenommen.
Preis
der einfachen Petitzeile oder deren Raum 20 Pf.

Kreis-

Expedition: Berlin W., Lützow-Strasse 87



Blatt.

Fernsprech-Anschluß: Amt VI., Nr. 671.

Berlin, Sonnabend, den 6. Mai 1893.

Redaktion und Expedition befinden sich jetzt Berlin W., Lützowstraße 87, 4. Haus von der Potsdamerstraße, gegenüber dem Elisabeth-Krankenhaus.

Die Auflösung des Reichstages.

In der heutigen Reichstags-Sitzung wurde nach einer Wahlungültigkeits-Erklärung und der einstimmigen Annahme der Novelle zu den Militärpensionsgesetzen in die Fortsetzung der zweiten Verathung der Militärvorlage eingetreten.

Das Haus war vollgedrängt besucht. 373 Abgeordnete hatten sich eingefunden. Als der Reichskanzler gleich nach Beginn der Verathung der Militärvorlage eintrat, richteten sich Aller Blicke auf die vom Grafen Caprivi mitgebrachte Mappe.

Ueber die Verathung geht uns folgender Bericht zu:

Abg. Wisser zog seinen Unterantrag zum Antrag v. Huene zurück und erklärte, pure für diesen Antrag stimmen zu wollen. Sodann erhielt Abg. v. Helldorf das Wort. Derselbe erklärte sich für den Antrag v. Huene, würde aber die Regierungsvorlage vorgezogen haben. Auch Fürst Bismarck habe noch 1890 eine Verstärkung des Heeres für angezeigt gehalten. Die Vorlage sei eine notwendige Konsequenz der Gedanken, welche Preußen groß gemacht. Nach den großen und überraschenden Erfolgen von 1864, 1866, 1870/71 hätte ganz Europa das preussische Wehrsystem nachgemacht, nur wir selbst seien in der Weiterentwicklung desselben zurückgeblieben. Die Frage der dreijährigen Dienstzeit sei zwar eine sehr wichtige Frage, betreffs der Ausbildung der Armee aber an sich doch kein Prinzip. Ein Prinzip sei aber die Frage der vollen Ausnutzung der Volkskraft. Und wenn wir an diesem Standpunkt festhalten, würde Frankreich uns nicht fern nachfolgen können, zumal sein Bevölkerungszuwachs geringer sei, als der unsrige. An dem Ernst unserer Lage dürfe doch Niemand zweifeln! Es sei daher auch sehr anzuerkennen, daß die Regierung die Schwere der Lage offen dargelegt, daß sie aber dabei Deutschland bloßgestellt, könne er keineswegs zugeben. Der preussische Staatsgedanke, der Deutschland erst möglich gemacht, möge ja mancherlei Unliebenswürdiges an sich haben, aber dieser preussische Geist habe uns doch groß gemacht. Wenn Abg. Dr. Lieber die Deutung, die der Herr Reichskanzler dessen Worten gegeben habe, als eine Uebersetzung ins echt Bismarcksche bezeichnet habe, so sei doch an das Ansehen zu erinnern, welches der Name Bismarck zumal in Süddeutschland habe. Bismarck sei eben die Verkörperung des Reichsgedankens, über alle Irrungen und Wirrungen und die Schwächen des Alters hinweg! Angesichts der Entrüstung des Abg. Winterer sollte man doch auf die Nachrichten aus Paris sehen, wo Jubel herrscht über die Meldung, daß die Militärvorlage gefährdet sei, und wo man den Elsaß-Lothringern, die hierher gereist, um gegen dieselbe zu stimmen, den Dank der französischen Nation ausgesprochen habe. Verantwortlich seien die Elsaß-Lothringer für ihre Abstimmung nicht nur ihren Wählern, sondern dem deutschen Volke. Zu diesen Bundesgenossen gratulire er dem Herrn Lieber von Herzen. Es sei nicht richtig, daß Deutschland bereits für Militärzwecke überlastet sei. Die Entwicklung des Fraktionswesens müsse mit Besorgniß erfüllen. Für das Ueberwuchern des Fraktions-treibens gebe es kein charakteristischeres Zeichen, als die jetzige Haltung des Zentrums. Der Redner entwickelte schließlich die Grundsätze, welche die konservative Partei als die einzig richtigen und dem Wohle des ganzen Vaterlandes heilsamen, dem katholischen Theile des Volkes

gegenüber erachtet. Abgeordneter Graf Freysing rechtfertigte die Haltung des Zentrums dessen Antrag seinen Namen trägt. Abg. Frhr. v. Hornstein erklärt, aus eigener Ueberzeugung und in Uebereinstimmung mit seinen Wählern für den Antrag Huene zu stimmen. Er wolle nicht mit den Elsaß-Lothringern stimmen, die, nach Pariser Depeschen, dort verstimmt würden. Abg. Frhr. v. Münch betonte in einer langen, von Schlußrufen vielfach unterbrochenen Rede, daß, wenn eine politisch und militärisch brauchbare Vorlage eingebracht wäre, man zu finanziellen Opfern bereit sein könne. Darauf wird ein Vertagungsantrag abgelehnt, ein Schlufsantrag aber angenommen. Es folgten persönliche Bemerkungen. Zur Geschäftsordnung erklärte Abg. Dr. Böckel zugleich im Namen der Abgg. Werner und Zimmermann, daß sie gegen die Vorlage stimmen würden. Abg. Pickenbach erklärte dagegen namens seiner politischen Freunde (Heiterkeit), daß sie für den Antrag von Huene stimmen würden: die gleiche Erklärung giebt für sich Abg. Liebermann v. Sonnenberg. Abg. Prinz zu Carolath bemerkt, daß er durch den unerwarteten (Widerpruch!) Schluß der Debatte verhindert sei, einen Antrag einzubringen, der sich im Drucke befinde. Er möchte wissen, ob der Herr Reichskanzler Werth darauf lege, daß auch nach dem § 1 die anderen Paragraphen verathen würden. Reichskanzler Graf v. Caprivi erwiderte, daß er keine Veranlassung habe, eine Erklärung abzugeben — Bei der Abstimmung wird § 1 der Regierungsvorlage gegen die Stimmen der Konservativen und eines Theils der Reichspartei abgelehnt. Darauf wird über den Antrag v. Huene namentlich abgestimmt. An der Abstimmung über denselben theilnehmen sich 373 Abgeordnete. Für den Antrag stimmen 162, gegen denselben 210 (ein Mitglied enthielt sich der Abstimmung).

Sofort nach der Verkündigung des ablehnenden Resultats der Abstimmung erhob sich unter athemloser Spannung des Hauses und der Tribünen der Reichskanzler und verlas, während sich die Abgeordneten erhoben, folgende Allerhöchste Botschaft

„Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen, verordnen auf Grund des nach Art. 24 der Reichs-Verfassung vom Bundesrath unter Unserer Zustimmung gefaßten Beschlusses was folgt: Der Reichstag wird hierdurch aufgelöst.“

Abendlich in Berlin, 6. Mai 1893.

gez. Wilhelm.

gegengez. Graf Caprivi.

Auf Grund dieser kaiserlichen Verordnung erkläre ich im Namen der verbündeten Regierungen und auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers die Sitzungen des Reichstags für geschlossen.“

Präsident von Loeckow richtete dann einige Dankes- und Abschiedsworte an das Haus und schloß um 3 Uhr 7 Minuten die Sitzung unter einem mit tiefempfundnen Worten ausgesprochenen Hoch auf Se. Majestät den Kaiser, in welches das Haus in voller Begeisterung dreimal einstimmte.